

Umsetzung von Vertragsnaturschutz im deutschen Wald

Mit dem WaVerNa-Projekt sollte ein bundesweiter Überblick zur Umsetzung von Vertragsnaturschutz im deutschen Wald gewonnen werden. Hierzu wurden von den Verbundprojektpartnern bundesweite Erhebungen zum Status quo sowie vertiefende Fallstudien durchgeführt. Da diese Erhebungen zentrale Datengrundlage für die weiteren Analysen der Teilprojekte waren, werden nachfolgend das Vorgehen und zentrale Ergebnisse dieser Arbeitsschritte vorgestellt.

Kristin Franz, Moritz von Blomberg, Laura Demant, Carina Lutter, Björn Seintsch, Anne M. Selzer

Um einen Überblick zum Vertragsnaturschutz im deutschen Wald zu gewinnen, wurden durch den WaVerNa-Verbund Online-Befragungen von Forstbetrieben und Stiftungen, eine Länderabfrage der staatlichen Waldnaturschutzprogramme und Fallstudien zu konkreten Umsetzungsprozessen von Vertragsnaturschutz durchgeführt. Der Informationsbedarf der Teilprojekte für die vertiefenden waldökologischen, ökonomischen und rechtlichen Analysen wurde hierbei in gemeinsamen Fragebögen und Interviewleitfäden zusammengeführt.

Online-Befragung von Forstbetrieben

Die Befragung richtete sich an Forstbetriebe mit Umsetzungserfahrungen und/oder Umsetzungsabsichten von Vertragsnaturschutz. Die offene Online-Befragung wurde in der Fachpresse und durch Verbandsnewsletter angekündigt und vom 1. September bis 7. Oktober 2016 auf der Internetseite des Verbundprojektes

(www.waverna-projekt.de) freigeschaltet. Im Einzelnen sollten mit der Erhebung Informationen zu Naturschutzmaßnahmen und Instrumenten, Erfolgskontrolle, Vertragsgestaltung, Verwaltungsaufwand, Stärken und Schwächen sowie Chancen

und Risiken von Vertragsnaturschutz gewonnen werden. In der Befragung wurden unter Vertragsnaturschutz im Wald die Instrumente 1.) Forstliche Förderung, 2.) Erschwernisausgleich, 3.) Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, 4.) Vertrags-

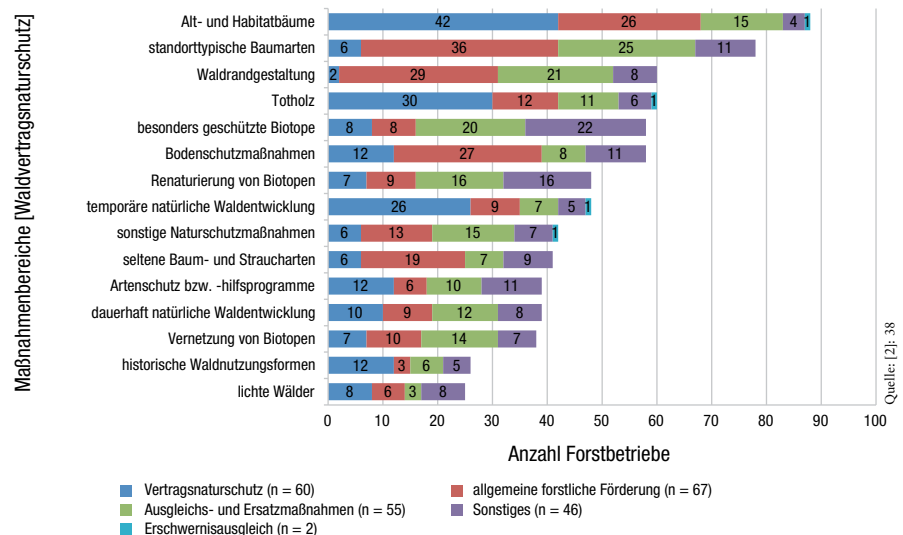


Abb. 1: Umsetzungsinstrumente der Waldnaturschutzmaßnahmen in den Forstbetrieben (Mehrfachnennungen möglich; N = 116)

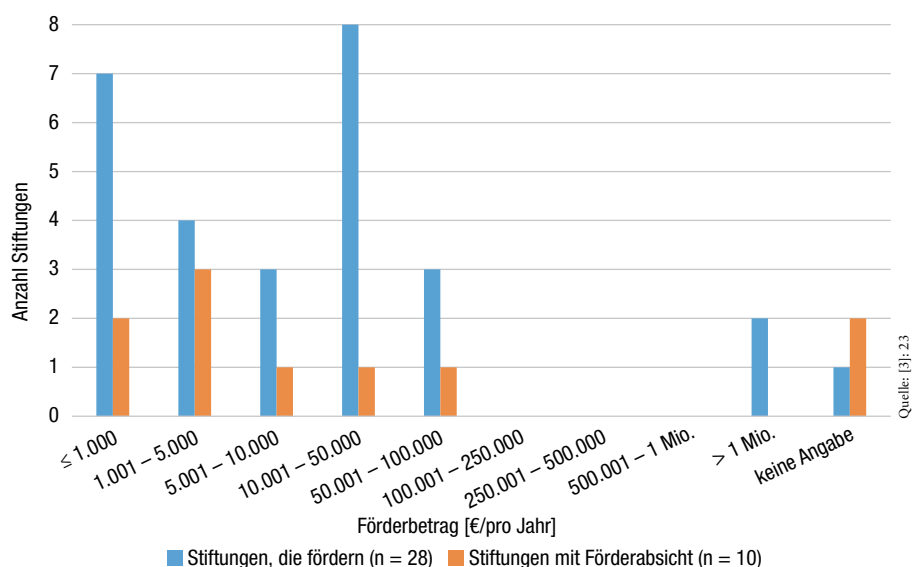


Abb. 2: Jährliches Finanzbudget für Waldnaturschutz der Stiftungen (N = 38)

Schneller Überblick

- Naturschutzmaßnahmen werden mit unterschiedlichen Instrumenten umgesetzt
- Stiftungen treten nur im geringen Umfang als Nachfrager nach Naturschutz im Wald auf
- Die Gewinnung von Forstbetrieben für Fallstudien war schwierig. Überwiegend wurden positive Beispiele erreicht

Abkürzungsverzeichnis zu Abb. 3

BB	Brandenburg	Nat. Erbe	Natürliches Erbe
BW	Baden-Württemberg	NI	Niedersachsen
BY	Bayern	SH	Schleswig-Holstein
EA	Erschwernisausgleich	SL	Saarland
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums	SN	Sachsen
EU	Europäische Union	ST	Sachsen-Anhalt
GAK	Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz	TH	Thüringen
HE	Hessen	VNP Wald	Vertragsnaturschutzprogramm Wald
MV	Mecklenburg-Vorpommern	WEA	Walderschwernisausgleich
		WUM	Waldumwelt- und -klimamaßnahme
		z. B.	zum Beispiel

tungseigenen Waldflächen umsetzen oder zukünftig ein Vertragsnaturschutzengagement beabsichtigen. Neben Angaben zur Stiftung wurden weitere Informationen zur Förderung von Waldnaturschutzmaßnahmen, zu Art und Umfang der Entgeltzahlungen, zum Verwaltungsaufwand, zur Erfolgskontrolle, zur Vertragsgestaltung sowie zu ihren Erfahrungen erhoben. Für die Auswertung standen die Antworten von 38 Stiftungen zur Verfügung [3].

Wie aus Abb. 2 ersichtlich wird, beläuft sich das jährliche Budget für Waldvertragsnaturschutz bei der Mehrheit der Stiftungen auf weniger als 50.000 €. Bei den meisten Stiftungen überwiegen daher auch kleine Maßnahmenflächen (außerhalb von Schutzgebieten). Die jährliche Maßnahmenfläche von Vertragsnaturschutz im Wald, die durch Stiftungen finanziert werden, wurde mit 14.000 bis 17.000 ha und das jährliche Finanzbudget mit 2,7 bis 3,7 Mio. € für das Bundesgebiet grob abgeschätzt. Die bundesweite Nachfrage durch Stiftungen ist demzufolge gering. Bei einer insgesamt positiven Beurteilung der Erfahrungen mit Vertragsnaturschutz planen mehr als zwei Drittel der Stiftungen in Zukunft ein gleichbleibendes Engagement.

Länderabfrage der staatlichen Waldnaturschutzprogramme

Parallel zu den Online-Befragungen wurden in einer Länderabfrage die Instrumente des Waldnaturschutzes der staatlichen Nachfrager mittels Textanalysen, telefonischen Experteninterviews und schriftlicher Befragung der obersten Landesbehörden systematisch erhoben. Zentrale ökonomische und rechtliche Fragestellungen dieser Länderabfrage waren Informationen zur Finanzierung der Länderprogramme, zur Ziel- und Zweckbestimmung, zu den nachgefragten (bzw. angebotenen) Maßnahmen, zu Einschränkungen und Ausschlussstatbeständen, zu Zweckbindungsfristen, zur Art und Weise der Zuwendung, zu Zuständigkeiten und zu kooperativen Elementen der Instrumente [4].

Obwohl bei den Waldnaturschutzprogrammen unterschiedlichste (Ko-)Finanzierungsvarianten aus EU-, Bundes- und Ländermitteln bestehen (Abb. 3), variiert die Umsetzung der Maßnahmen nur bedingt. Im Beitrag von Selzer et al. (S. 20)

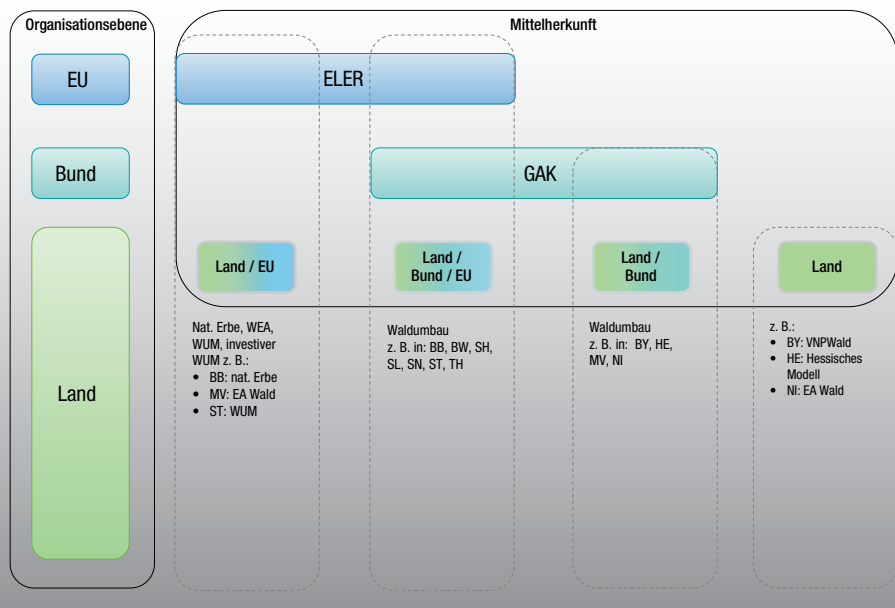


Abb. 3: Finanzierungsvarianten der staatlichen Nachfrage nach Waldnaturschutz gegen Entgelt

naturschutz (im engeren Sinne) und 5.) Sonstige Entgeltzahlungen zusammengefasst. Für die Auswertung standen die Antworten von 195 Forstbetrieben zur Verfügung. Die Umfrage ist als eine nicht repräsentative Beurteilungsschichtprobe von mittleren und großen Forstbetrieben zu bewerten [2].

Wie die Befragungsergebnisse verdeutlichen, wird grundsätzlich ein breites Spektrum an Naturschutzmaßnahmen mit unterschiedlichen Instrumenten umgesetzt (Abb. 1). Die Angaben der Forstbetriebe machen deutlich, dass auch in der forstlichen Praxis ein breites Begriffsverständnis von Vertragsnaturschutz besteht. Weiterhin bewerteten drei Viertel der Forstbetriebe ihre Erfahrungen mit Vertragsnaturschutz insgesamt positiv, ebenso wird von einem Großteil ein gleichbleibendes oder höheres Engagement in Zukunft beabsichtigt. Auf forstbetrieblicher Ebene kann demnach von einer grundsätzlichen

Teilnahmebereitschaft an Vertragsnaturschutzprogrammen ausgegangen werden. Auf der anderen Seite beabsichtigt jedoch nur ein Drittel der Betriebe mit Umsetzungserfahrungen auch künftig Vertragsnaturschutz zu realisieren, was auf nennenswerte Hemmnisse unter den aktuellen Rahmenbedingungen hindeutet.

Online-Befragung von Stiftungen

Während sich die Online-Befragung der Forstbetriebe an die Anbieter richtete, sollte mit der Befragung der Stiftungen eine Gruppe der Nachfrager erreicht werden. Hierzu wurden die 1.402 Stiftungen mit Stiftungszweck Naturschutz aus dem öffentlichen Stiftungsverzeichnis postalisch angeschrieben und ebenfalls um Teilnahme an der Umfrage auf der WaVerNa-Internetseite gebeten. Befragt wurden Stiftungen, die Waldnaturschutzmaßnahmen auf Flächen Dritter fördern, Naturschutzmaßnahmen auf ihren stif-

wird hierzu ein tieferer Einblick geboten.

Fallstudien konkreter Umsetzungsprozesse

Während mit den vorangegangenen Erhebungen ein allgemeiner Überblick im Bundesgebiet gewonnen wurde, zielten die 22 Fallstudien darauf ab, konkrete Umsetzungsprozesse vor Ort auf Detail- und Kontextinformationen zu untersuchen sowie die Rahmenbedingungen für den Erfolg oder Misserfolg von Vertragsnaturschutz zu erfassen. Die Ergebnisse bildeten eine zentrale Datengrundlage für die vertiefenden Analysen der Teilprojekte.

In den Fallstudien wurden leitfadengestützte Interviews durch den WaVerNa-Verbund vor Ort durchgeführt. Soweit möglich wurde angestrebt, die Interviews gemeinsam mit den Anbietern (i.d.R. Waldeigentümer bzw. Betriebsleiter), den Nachfragern (i.d.R. Untere Naturschutz- und/oder Forstbehörde) und den Mittelern (i.d.R. Betreuungsförster) zu führen. Ergänzend zu den Interviews wurden die Maßnahmenflächen überwiegend besichtigt. Für die Akquise wurden teilnahmebereite Forstbetriebe und Stiftungen der Online-Befragungen direkt angesprochen und persönliche Kontakte der WaVerNa-Projektpartner genutzt. Die letztendlich 22 zur Verfügung stehenden Fallbeispiele sind überwiegend als „Positivbeispiele“ einzuordnen, da in diesen Vertragsnaturschutz umgesetzt werden konnte. Gescheiterte Umsetzungsprozesse durch Abbruch oder erfolglose Vertragspartnersuche konnten im Rahmen der Fallstudien nicht abgedeckt werden. Mit einem Schwerpunkt in Bayern waren die Fallstu-

Literaturhinweise:

[1] FEIL, P.; NEITZEL, C.; SEINTSCH, B.; DIETER, M. (2018): Privatwaldeigentümer und gesellschaftliche Ansprüche. In: AFZ-DerWald 73 (5), S. 24-27. [2] KÖWNATZKI, D.; V. BLOMBERG, M.; DEMANT, L.; LUTTER, C.; MEYER, P.; MÖHRING, B. et al. (2017): Status quo der Umsetzung von Naturschutz im Wald gegen Entgelt in Deutschland – Ergebnisse einer Befragung von Forstbetrieben. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut (Thünen Working Paper, 81). [3] KÖWNATZKI, D.; V. BLOMBERG, M.; DEMANT, L.; LUTTER, C.; MEYER, P.; MÖHRING, B. et al. (2018): Status quo der Umsetzung von Naturschutz im Wald gegen Entgelt in Deutschland – Ergebnisse einer Befragung von Stiftungen. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut (Thünen Working Paper, 82). [4] SELZER, A. M. (2018): Status quo der Umsetzung von Naturschutz im Wald gegen Entgelt in Deutschland: Übersicht über die Instrumente der staatlichen Nachfrager. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut (Thünen Working Paper, 83).

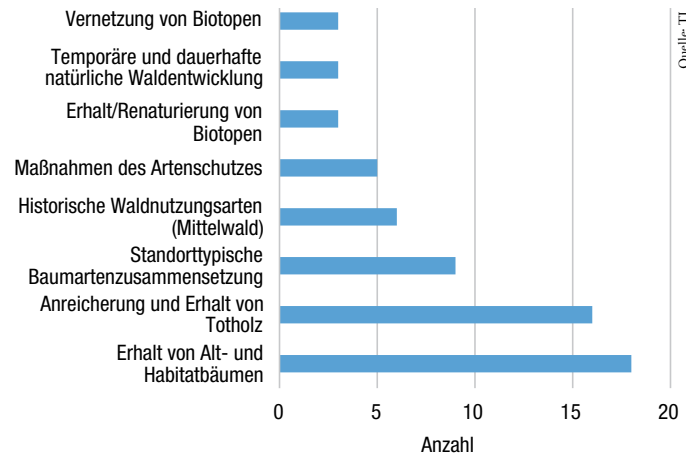


Abb. 4: Naturschutzmaßnahmen in den Fallstudien (Mehrfachnennungen möglich; Maßnahmen mit jeweils mind. 3 Nennungen)

dien über das gesamte Bundesgebiet verteilt. Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und die Stadtstaaten konnten nicht abgedeckt werden.

In den Fallstudien waren Forstbetriebe aller Eigentumsarten als Anbieter beteiligt, wobei ein Schwerpunkt im Privatwald lag, unter dem sich auch Genossenschafts- und Gemeinschafts- sowie ein Stiftungswald subsumierte. Die Forstbetriebsfläche belief sich überwiegend auf über 1.000 ha, wobei der kleinste Forstbetrieb knapp 70 ha aufwies. Im Mittel waren 78 % der Forstbetriebsfläche mit Schutzgebieten belegt. Befragt nach den Betriebszielen, hatten ökonomische Ziele für die Mehrheit eine hohe Priorität. Ebenso waren ökologische Ziele für einen Großteil wichtig. Die Bedeutung des Forstbetriebes für das Haushaltseinkommen des Eigentümers insgesamt wurde von der Hälfte als gering und jeweils von einem Viertel als mittel oder hoch angegeben.

Aufseiten der Nachfrager fanden sich überwiegend die zuständigen behördlichen Verwaltungen der Bundesländer. In drei Fällen war das Bundesland über eine Stiftung Vertragspartner. Nur in zwei Fällen waren private Vertragspartner anzutreffen. Vertragsnaturschutz wurde überwiegend mit den Instrumenten der forstlichen Förderung umgesetzt, wie z. B. dem Walderschwermetausgleich, im Rahmen von Waldumweltmaßnahmen oder durch das Vertragsnaturschutzprogramm Wald in Bayern. All diese Instrumente basieren auf Verwaltungsrichtlinien und werden durch einen Verwaltungsakt mit Bewilligungsbescheid umgesetzt. Vertragsnaturschutz

im engeren Sinn wurde nur in fünf Fallbeispielen angetroffen. In zwei Fallbeispielen wurden schwerpunktmäßig Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen umgesetzt.

Überwiegend wurde der Erhalt und die Anreicherung von Alt- und Habitatbäumen sowie von Totholz durch Vertragsnaturschutz umgesetzt (Abb. 4). Weitere häufige Maßnahmen waren die Erhaltung und Entwicklung einer standorttypischen Baumartenzusammensetzung sowie die Fortführung historischer Waldnutzungsarten (Mittel- und Niederwald).

Fazit

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass für die Forschungsziele des WaVerNa-Projektes ein umfassender Überblick zur Umsetzung von Vertragsnaturschutz im deutschen Wald gewonnen werden konnte. Insgesamt erscheinen die einzelnen Erhebungen konsistent. Im Rahmen der bundesweiten Erhebungen zum Status quo wären zusätzliche Erhebungen zu den Nachfragern nach Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wünschenswert gewesen. Diese konnten jedoch aus forschungsökonomischen Gründen nicht realisiert werden.

Mit den Erhebungen wurden tendenziell die „Positivbeispiele“ sowie die „potenziell an Vertragsnaturschutz Interessierten“ und die mittleren und großen Forstbetriebe erreicht. Eine aktuelle, repräsentative Telefonbefragung des deutschen Privatwaldes durch das Thünen-Institut deutet jedoch darauf hin, dass gerade im deutschen Kleinstprivatwald eine hohe Bereitschaft für Naturschutzmaßnahmen besteht [1].

Dr. Kristin Franz, kristin.franz@thuenen.de, und Anne Selzer sind wissenschaftl. Mitarbeiterinnen am Thünen-Institut für Intern. Waldwirtschaft und Forstökonomie im Arbeitsbereich Waldwirtschaft in Deutschland. Dr. Björn Seintsch leitet den Arbeitsbereich. Laura Demant ist wissenschaftl. Mitarbeiterin im Sachgebiet Waldnaturschutz/Naturwaldforschung an der NW FVA. Moritz v. Blomberg ist wissenschaftl. Mitarbeiter der Abt. für Forstökonomie an der Uni Göttingen. Carina Lutter ist wissenschaftl. Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Handelsrecht an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Uni Hamburg.

